

Pressemitteilungen

34/2023 **Neues Amtsblatt erschienen**

35/2023 Vorerst keine Ansiedlung am Stadtrand zu Merklinde
**Bezirksregierung Arnsberg erteilt der geplanten Bodenaufbereitungsanlage in
Bochum Gerthe eine Absage**

36/2023 Stadt und Bahn stimmen sich ab
Prinzipiell umsetzbare Varianten für den Bahnübergang Obere Münsterstraße

37/2023 **Sprechstunde des Bürgermeisters**

Pressemitteilung 34/2023

Neues Amtsblatt erschienen

Die Ausgabe 4/2023 des städtischen Amtsblattes ist erschienen. Inhalt:

- Bebauungsplan Nr. 261 „Sport-, Spiel- und Bewegungspark am Hallenbad“, hier: Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB
- Auskünfte zum Korruptionsbekämpfungsgesetz 2022
- Hinweis auf die Veröffentlichung der neuen Zweckverbandssatzung der GKD Recklinghausen im Amtsblatt der Bezirksregierung Münster

Alle Amtsblätter stehen auf der städtischen Internetseite www.castrop-rauxel.de/amtsblatt zum Abruf bereit. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich hier auch für ein Abonnement der zukünftigen Ausgaben registrieren. Diese Zustellung erfolgt dann nach Erscheinen jedes neuen Amtsblattes kostenlos per E-Mail.

Pressemitteilung 35/2023

Vorerst keine Ansiedlung am Stadtrand zu Merklinde

Bezirksregierung Arnsberg erteilt der geplanten Bodenaufbereitungsanlage in Bochum Gerthe eine Absage

Die Bezirksregierung Arnsberg hat Ende vergangener Woche (20.01.) den Antrag der Firma ECOSOIL Nord-West GmbH auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung abgelehnt. Sie teilte die Sichtweise der Stadt Castrop-Rauxel, dass die Verwirklichung des geplanten Betriebs zur Anlieferung und Bearbeitung von Böden und die anschließende LKW-Abtransporte zu den Baustellen, auf denen die Verwertung der Böden erfolgt, in der Nähe der Stadtgrenze rechtserhebliche öffentliche Belange der Stadt Castrop-Rauxel beeinträchtigt.

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel hatte bereits frühzeitig darauf hingewiesen, dass die Bövinghauser Straße und die Einmündung für den zu erwartenden stark anwachsenden Schwerlastverkehr nicht ausreichend ausgebaut sind und dass die Zunahme des Straßenverkehrs eine erhöhte Schadstoffbelastung in Merklinde verursachen würde. So hat der Rat der Stadt Castrop-Rauxel auch eine Ausbauvereinbarung zwischen dem Landesbetrieb Straßen.NRW, der Stadt Bochum und der ECOSOIL Nord-West GmbH abgelehnt.

Gegen den ablehnenden Bescheid der Bezirksregierung kann noch Klage beim Oberverwaltungsgericht des Landes NRW in Münster erhoben werden.

Pressemitteilung 36/2023

Stadt und Bahn stimmen sich ab

Prinzipiell umsetzbare Varianten für den Bahnübergang Obere Münsterstraße

Eine Kreuzungsvereinbarung zwischen der Deutschen Bahn und der Stadt Castrop-Rauxel aus dem Jahr 1974 sieht vor, dass der Bahnübergang an der Oberen Münsterstraße für den Verkehr geschlossen wird und für Fußgänger und Radfahrer eine Unter- oder Überführung gebaut wird. Umgesetzt wurde diese Forderung bekanntlich bislang nicht. Grundlage der Diskussion für die Deutsche Bahn bleibt, dass der für alle Verkehrsteilnehmer höhengleiche Bahnübergang beseitigt wird. Dennoch zeigt sich die Deutsche Bahn offen, die bisherige Planungsvariante aus dem Jahr 2013 in Bezug auf mögliche Planungsalternativen hin zu überprüfen.

Anknüpfend an das im Mai 2022 beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr in Berlin geführte Gespräch zwischen dem Parlamentarischen Staatssekretär Michael Theurer und den Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann und Frank Schwabe sowie Bürgermeister Kravanja befinden sich die Deutsche Bahn und die Stadt Castrop-Rauxel in einem weiteren Abstimmungsprozess.

Im Rahmen einer schematischen Variantenbetrachtung werden zunächst unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten (wie z.B. Höhenverhältnisse, Verkehrsbeziehungen, notwendige Feuerwehrlflächen etc.) die grundsätzlich möglichen Optionen insbesondere von Überführungen aber auch von abgewandelten Unterführungen geprüft. Dabei kristallisieren sich prinzipiell umsetzbare Varianten heraus, auf Höhe des jetzigen Bahnübergangs eine Über- bzw. Unterquerung zu ermöglichen.

Diese prinzipiell umsetzbaren Varianten werden im weiteren Verlauf ausdifferenziert und visualisiert, um die jeweiligen städtebaulichen Wirkungen bewerten zu können.

Im Ergebnis der Visualisierungen und Gegenüberstellung der Varianten soll anschließend diejenige Variante entwickelt werden, die die örtliche städtebauliche Situation mit einbezieht.

Derzeit finden Gespräche mit der Deutschen Bahn und weiteren Fachbeteiligten statt, die auch einen gemeinsamen Zeithorizont benennen. Für das zweite Quartal 2023 ist die Variantengegenüberstellung avisiert. Im Anschluss – im Sommer 2023 – soll die Vorzugsvariante dann geschärft und ausgearbeitet werden.

Pressemitteilung 37/2023

Sprechstunde des Bürgermeisters

Am Donnerstag 2. Februar, ab 16.00 Uhr können Bürgerinnen und Bürger wieder mit Bürgermeister Rajko Kravanja persönlich im Rathaus über ihre kommunalen Anliegen sprechen.

Interessierte können sich per E-Mail an buero.buergermeister@castrop-rauxel.de mit dem Betreff „Bürgermeistersprechstunde“ anmelden und werden gebeten, dabei auch ihr Anliegen kurz zu skizzieren. Sie erhalten dann in Absprache einen individuellen Termin für den 2. Februar.